



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Florian von Brunn, Volkmар Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumlер, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: IT-Sicherheit ernst nehmen und KI-Sicherheitsforschung stärken
(Kap. 07 03 Tit. 686 69)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) wird der Ansatz im Tit. 686 69 (Zuschüsse zur angewandten Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien) für das Jahr 2026 von 26.299,7 Tsd. Euro um 20.000 Tsd. Euro auf 46.299,7 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) wird der Ansatz im Tit. 686 69 (Zuschüsse zur angewandten Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien) für das Jahr 2027 von 24.358,7 Tsd. Euro um 40.000 Tsd. Euro auf 64.358,7 Tsd. Euro erhöht.

Es wird eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2026 von 30.000,0 Tsd. Euro eingerichtet.

Es wird eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2027 von 40.000,0 Tsd. Euro eingerichtet.

Begründung:

Die rasante Verbreitung von KI-Systemen stellt Bayern vor immense Herausforderungen bei der IT-Sicherheit. Während KI enorme Chancen bietet, wachsen gleichzeitig die Bedrohungen durch KI-gestützte Cyberangriffe, Deepfakes und Manipulation exponentiell. Die Staatsregierung hat zwar in den letzten vier Jahren rund 350 Mio. Euro in allgemeine KI-Forschung investiert, doch eine gezielte Förderung von KI-Sicherheitsforschung fand praktisch nicht statt. Der Informatiker und Nobelpreisträger Geoffrey Hinton fordert, dass mindestens ein Drittel aller KI-Investitionen in Sicherheitsforschung fließen sollte – Bayern liegt weit darunter. Es gibt keine vollständige Inventarisierung der eingesetzten KI-Systeme in Behörden, Kommunen und Hochschulen, die Zuständigkeiten für die Überwachung des AI Acts der EU sind noch ungeklärt, und ein Kompetenzzentrum für vertrauenswürdige KI existiert nicht. Die zusätzlichen 100 Mio. Euro pro Jahr für angewandte Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien sind dringend notwendig, um Bayerns kritische Infrastrukturen, Verwaltungen und Unternehmen gegen KI-basierte Bedrohungen zu wappnen. Es braucht Forschung zu KI-Risikomanagement, sicheren KI-Systemen, Erkennung von Deepfakes und Manipulation sowie zur praktischen Umsetzung des AI Acts. Ohne massive Investitionen in KI-

Sicherheitsforschung riskiert Bayern, zum Einfallstor für KI-gestützte Cyberangriffe und neue digitale Bedrohungen zu werden.